

JUS PUBLICUM

1

Peter-Michael Huber

Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht



J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 1

Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht

Schutzanspruch und Rechtsschutz
bei Lenkungs- und Verteilungsentscheidungen
der öffentlichen Verwaltung

von

Peter-Michael Huber



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Huber, Peter-Michael:

Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht : Schutzanspruch und Rechtsschutz bei Lenkungs- und Verteilungsentscheidungen der öffentlichen Verwaltung / von Peter-Michael Huber. – Tübingen : Mohr, 1991

(Jus publicum ; Bd. 1)

Zugl.: München, Univ., Habil.-Schr., 1990/91

ISBN 3-16-145804-4

NE: Ius publicum

978-3-16-158151-9 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1991 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Garamond Antiqua belichtet, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Gebr. Buhl in Etlingen gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

Meinem Lehrer
Peter Badura

Vorwort

Die vorliegende Arbeit lag im Wintersemester 1990/91 der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians Universität München vor und wurde von dieser als Habilitationsschrift angenommen. Das Manuskript wurde im Sommer 1990 abgeschlossen.

Mein herzlicher Dank gilt neben meinem Lehrer, Herrn Prof. Dr. Peter Badura, dem die Arbeit gewidmet ist, auch Herrn Prof. Dr. Peter Lerche für die Ausführung des Zweitgutachtens.

Dem Mohr Verlag (Paul Siebeck) danke ich für die spontane Bereitschaft, die Arbeit zu veröffentlichen.

München, im Mai 1991

Peter M. Huber

Inhaltsübersicht

Teil A: Einleitung	1
Teil B: Die gerichtliche Praxis und die Problemstellungen des Konkurrenzschutzes im Verwaltungsrecht	6
1. Kapitel: Der verwaltungsrechtliche Konkurrenzschutz in der gerichtlichen Praxis	6
2. Kapitel: Das Konkurrenzverhältnis als spezifischer Anknüpfungspunkt für den Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht	30
3. Kapitel: Die „Beteiligung“ der öffentlichen Verwaltung und ihre Handlungsformen	44
4. Kapitel: Die Ziele des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes	76
Teil C: Das subjektive öffentliche Recht als Kernfrage des Konkurrenzschutzes im Verwaltungsrecht	100
1. Kapitel: Der Diskussionsstand um das subjektive öffentliche Recht	100
2. Kapitel: Das Gesetz als Grundlage des subjektiven öffentlichen Rechts	172
3. Kapitel: Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei der Zuerkennung sub- jektiver öffentlicher Rechte und die „normexterne“ Wirkung der Grundrechte	284
Teil D: Die subjektiven öffentlichen Rechte der Konkurrenten	298
1. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrenten- abwehrbegehren und Fragen ihrer prozessualen Geltendmachung	298
2. Kapitel: Fiskusabwehransprüche und Fragen ihrer verfahrensrechtlichen Durchsetzung	312
3. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Begünstigungs- abwehrbegehren und ihre prozessuale Geltendmachung	358
4. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrenten- gleichstellungsbegehren und Fragen ihrer prozessualen Geltendmachung	414
5. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrenten- verdrängungsbegehren und ihre prozessuale Geltendmachung	431
6. Kapitel: Der Vorbehalt des Gesetzes im Bereich des Konkurrenzschutzes	483
Teil E: Konkurrenzschutz als Gleichheitsproblem	507
1. Kapitel: Die Bedeutung des Gleichheitssatzes für den Konkurrenzschutz	507
2. Kapitel: Strukturelle Fragen des allgemeinen Gleichheitssatzes	518
3. Kapitel: Konkurrenzschutz als Folge unzulässiger Differenzierung	531
Teil F: Zusammenfassung und Ausblick	549
Stichwortverzeichnis	585

Inhaltsverzeichnis

Teil A

Einleitung

1. Anlaß der Untersuchung	1
2. Der Ansatzpunkt für die Untersuchung	2
3. Gang der Untersuchung	4

Teil B

Die gerichtliche Praxis und die Problemstellungen des Konkurrenzsschutzes im Verwaltungsrecht

1. Kapitel: Der verwaltungsrechtliche Konkurrenzschutz in der gerichtlichen Praxis	6
I. Die Problematik des Konkurrenzschutzes im beruflichen Zulassungswesen	6
1. Die Zulassung zu Anstalten und öffentlichen Einrichtungen	7
2. Berufszulassungen im engeren Sinne	8
3. Gaststättenrecht	10
4. Konkurrenz um Zulassungen im Gesundheitsbereich	10
5. Konkurrenzschutzprobleme im Güterkraftverkehr	11
6. Die Konkurrenzschutzproblematik im Handwerksrecht	12
7. Die Problematik des Konkurrenzschutzes im Hochschulwesen	13
8. Die Konkurrenzschutzproblematik im Personenbeförderungsrecht	15
9. Die Bestellung von Sachverständigen	15
II. Konkurrenzschutz bei der Erfüllung unterschiedlicher öffentlicher Aufgaben durch die Verwaltung	16
1. Konkurrenzschutzprobleme bei staatlicher Informationstätigkeit	16
2. Konkurrenzschutz beim Vollzug des Ladenschlußgesetzes	18
3. Konkurrenzschutz beim Vollzug des Schulrechts	18
4. Der Konkurrenzschutz anläßlich des Vollzugs gesundheits- rechtlicher Vorschriften	19
III. Konkurrenzschutz bei der Vergabe von Beihilfen	19
1. Beihilfen im Gesundheitswesen	20
2. Konkurrenzschutz bei der Förderung von Privatschulen	20

3. Konkurrenzschutz und Wirtschaftssubventionen	20
4. Konkurrenzschutz bei sonstigen Leistungen	22
IV. Konkurrenzschutz bei der Teilnahme der öffentlichen Hand am Wirtschaftsverkehr	22
1. Konkurrenzprobleme um die Vergabe öffentlicher Aufträge	22
2. Konkurrenzschutz vor der öffentlichen Hand	25
V. Die Konkurrenzschutzproblematik im Beamtenrecht	26
1. Beförderungskonkurrenz	26
2. Anstellungskonkurrenz	27
VI. Konkurrenzschutz und Kartellrecht	28
VII. Konkurrenzschutz im Steuerrecht	28
2. Kapitel: Das Konkurrenzverhältnis als spezifischer Anknüpfungspunkt für den Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht	30
I. Das „Konkurrenzverhältnis“	30
1. Begriffsbestimmung	30
a) Beschränkung auf horizontale Konkurrenzverhältnisse	33
b) Wettbewerb als Verteilungsproblem	34
2. Konkurrenzverhältnisse in den Beispielfällen	35
a) Berufliches Zulassungswesen	35
b) Konkurrenzverhältnisse im Zusammenhang mit der Erfüllung unspezifischer öffentlicher Aufgaben	36
c) Konkurrenzverhältnisse bei der Vergabe von Beihilfen	37
d) Konkurrenzverhältnisse angesichts der Teilnahme der öffentlichen Hand am Wirtschaftsverkehr	37
e) Konkurrenzverhältnisse im Beamtenrecht	37
f) Konkurrenzverhältnisse im Kartellrecht	38
g) Konkurrenzverhältnisse im Steuerrecht	38
II. Die Abgrenzung des Konkurrenzverhältnisses im Einzelfall	38
1. Keine Identität zwischen Konkurrentenstatus und subjektiven Rechten	39
2. Die normative Strukturierung von Konkurrenzverhältnissen	39
a) Zulassungsverfahren	40
b) Konkurrenzverhältnis aufgrund zulässiger Zielidentität	41
3. Kapitel: Die „Beteiligung“ der öffentlichen Verwaltung und ihre Handlungsformen	44
I. Die Beteiligung der öffentlichen Verwaltung an Konkurrenz- verhältnissen	44
1. Der Begriff der „öffentlichen Verwaltung“	45

a) Träger öffentlicher Gewalt	45
b) Abgrenzung zu anderen Staatsgewalten	45
c) Keine weitere Eingrenzung	49
2. Die „Beteiligung“ am Konkurrenzverhältnis	49
II. Die Handlungsformen bei der Einwirkung der Verwaltung . . .	52
1. Der Verwaltungsakt als Mittel der Verwaltungsintervention	54
a) Kein zielgerichtetes Handeln erforderlich	58
b) Qualitative Anforderungen an die Ambivalenz?	58
c) Die Rechtsbetroffenheit als Kriterium des Verwaltungsakts mit Doppelwirkung?	60
2. Beteiligung mittels öffentlich-rechtlichem Vertrag	60
3. Die Beteiligung durch schlicht-hoheitliches Handeln	66
4. Die „Verteilungshandlung“ im Rahmen des Verwaltungsprivatrechts .	68
a) Allgemeines	68
b) Die Einordnung der Beispiele	68
5. Beteiligung durch fiskalisches Handeln	72
a) Die Doppelwirkung öffentlicher Auftragsvergabe	72
b) Die Doppelwirkung der konkurrenzwirtschaftlichen Betätigung der Verwaltung	74
6. Bedeutung der Handlungsformen für die weitere Untersuchung . .	76
4. Kapitel: Die Ziele des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes .	76
I. Ausrichtung auf den gerichtlichen Rechtsschutz	76
II. Die Differenzierung nach Anspruchszielen	79
1. Konkurrentenabwehransprüche	81
2. Fiskusabwehransprüche	82
3. Begünstigungsabwehransprüche	84
4. Konkurrentengleichstellungsansprüche	86
a) Abgrenzung der Konkurrenzschutzansprüche von sonstigen Leistungsbegehren	86
b) Abgrenzung zu den Konkurrentenverdrängungsansprüchen . . .	92
c) Die „eigentlichen“ Konkurrentengleichstellungsansprüche . . .	92
5. Konkurrentenverdrängungsansprüche	94

Teil C

Das subjektive öffentliche Recht als Kernfrage
des Konkurrenzschutzes im Verwaltungsrecht

1. Kapitel: Der Diskussionsstand um das subjektive öffentliche Recht .	100
I. Das subjektive öffentliche Recht unter dem Blickwinkel der Schutznormtheorie	100

1. Begriffsbestimmung	100
a) Die historische Entwicklung	100
b) Systematisierung subjektiver öffentlicher Rechte	102
c) Das rechtlich geschützte Individualinteresse	103
d) Das Recht auf fehlerfreien Ermessensgebrauch	104
e) Das Kriterium der „Rechtsmacht“	104
f) Keine subjektiven öffentlichen Rechte des Staates	106
2. Die Bestimmung der subjektiven öffentlichen Rechte mit Hilfe der Schutznormtheorie	107
a) Der Ursprung der Schutznormtheorie	107
b) Der gegenwärtige Stand der Schutznormbestimmung	107
aa) Auslegung nach dem Wortlaut	109
bb) Systematische Auslegung	110
cc) Teleologische Auslegungsmethode	112
dd) Historische Auslegung	113
ee) Die Bedeutung des Verfassungsrechts für die Auslegung	113
ff) Die Gestaltungsfreiheit des Normgebers	114
c) Die Grundrechte als subjektive öffentliche Rechte	115
d) Keine Übernahme der zivilrechtlichen Schutznormtheorie	118
3. Die praktische Bedeutung der Schutznormtheorie	118
II. Die Schutznormtheorie und der verwaltungsrechtliche Konkurrenzschutz	120
1. Der „Konkurrentenabwehranspruch“ im Lichte der Schutz- normtheorie	121
a) Rechtberatende Berufe und Tätigkeiten	121
b) Gaststättenrecht	122
c) Gesundheitswesen	122
d) Handwerksrecht	123
e) Verkehrsrecht	124
f) Sachverständigenwesen	124
2. Der Fiskusabwehranspruch	126
a) Fiskusabwehranspruch zur Verhinderung staatlicher Konkurrenz	127
b) Fiskusabwehranspruch zur Verhinderung der Konkurrenz von Trägern mittelbarer Staatsverwaltung	128
c) Fiskusabwehransprüche gegenüber der Art und Weise konkurrenz- wirtschaftlicher Betätigung	131
3. Der Begünstigungsabwehranspruch und die Schutznormtheorie	132
a) Behördliche Informationstätigkeit	133
b) Steuerrecht	134
c) Begünstigungsabwehransprüche angesichts der Gewährung von Wirtschaftssubventionen	135
d) Kartellrecht	135
e) Sonstige verteilunglenkende Verwaltungsmaßnahmen	138
4. Der Konkurrentengleichstellungsanspruch im Spiegel der herrschenden Meinung	140
a) Kartellrecht	140

b) Steuerrecht	141
c) Sonstige Fälle von Konkurrentengleichstellungsansprüchen	142
5. Der Konkurrentenverdrängungsanspruch im Lichte der Schutznormtheorie	142
a) Berufliches Zulassungswesen	143
b) Öffentliche Auftragsvergabe	148
c) Beamtenrecht	150
III. Die Kritik an der Schutznormtheorie	153
1. Einwände gegen den Ansatz zur Bestimmung des subjektiven öffentlichen Rechts	153
a) Schutznormtheorie als Produkt des Konstitutionalismus	153
b) Technische Einwände	154
c) Problem der Abgrenzbarkeit des Personenkreises	154
d) Einwände gegen den abstrakt-generellen Ansatz der Schutz- normtheorie	155
e) Unmittelbarer Rückgriff auf die Grundrechte?	155
f) Die Sonderrolle der allgemeinen Handlungsfreiheit	156
g) Sonstige Einwände	156
2. Der Gedanke der ausschließlichen Bedeutung der Grundrechts- betroffenheit	157
a) Der Ansatz	157
b) Kritik	158
c) Fazit	160
3. Der Repräsentationsgedanke und verwandte Ansätze	161
a) Der Ansatz	161
b) Kritik	162
c) Würdigung	164
4. Das subjektive Recht und die Rechtsweggarantie	164
a) Der Ansatz	164
b) Würdigung	165
5. Die Kritik am subjektiven öffentlichen Recht. Die Theorie vom einheitlichen Rechtsverhältnis	166
a) Ansatz	166
b) Kritik	168
c) Würdigung	168
6. Fazit	171
2. Kapitel: Das Gesetz als Grundlage des subjektiven öffentlichen Rechts	172
I. Die Bedeutung des Gesetzes für die Bestimmung des subjektiven öffentlichen Rechts	173
1. Subjektiv-rechtliche Vorgaben der Grundrechte	174
a) Die Grundrechte als Abwehrrechte	174

aa)	Schutzbereich und Anspruchsinhalt	175
bb)	Einschränkbarkeit der Freiheitsrechte	178
cc)	Wesensgehaltsgarantie	180
b)	Der leistungsrechtliche Gehalt der Grundrechte	181
c)	Das subjektive öffentliche Recht auf Erfüllung objektiv-rechtlicher Schutzpflichten	183
aa)	Stand der Grundrechtsdogmatik	183
bb)	Keine Erweiterung grundrechtlicher Gewährleistungsbereiche	185
cc)	Schutzpflichtkonkretisierung als Auslegungsmaxime	185
d)	Der subjektiv-rechtliche Gehalt als Strukturmerkmal der Grundrechte	188
2.	Das Gesetz und die normimmanenten Direktiven der Grundrechte	189
a)	Die grundrechtsrelevanten Funktionen des Gesetzes	189
aa)	Allgemeines	189
bb)	Kategorien grundrechtsrelevanter Gesetze	193
aaa)	Das grundrechtsbegrenzende Gesetz	194
bbb)	Das kollisionslösende Gesetz	196
ccc)	Das grundrechtsausgestaltende Gesetz	199
ddd)	Das Gesetz als Erfüllung grundrechtlicher Schutzpflichten	200
b)	Die normimmanente Wirkung der Grundrechte als Ansatzpunkt für die Frage nach dem subjektiven öffentlichen Recht	200
aa)	Die normimmanente Wirkung der Grundrechte	202
bb)	Entscheidende Bedeutung des objektiven Regelungsgehalts	207
aaa)	Stand von Literatur und Rechtsprechung	207
bbb)	Folgerungen	208
c)	Der objektive Regelungsgehalt des Gesetzes im Spannungsfeld seiner grundrechtlichen Direktiven	210
aa)	Der objektive Regelungsgehalt aus individualrechtlicher Sicht	210
bb)	Die Notwendigkeit gesetzlicher Abstraktion	211
cc)	Folgerungen	212
d)	Die individuelle Grundrechtsbetroffenheit als Voraussetzung normimmanenter Wirkung	214
aa)	Das grundrechtsbeschränkende Gesetz als Beschränkung individueller Rechtspositionen in zweiseitigen Rechtsverhältnissen	214
bb)	Das kollisionslösende Gesetz und Grundrechtsbetroffenheit im Rahmen polygonaler Rechtsverhältnisse	215
cc)	Grundrechtsbetroffenheit und die gesetzliche Ausgestaltung von Grundrechten	219
e)	Fazit	222
II.	Die Nichtanwendung einfachen Rechts als Schutznormverletzung	222
1.	Der „Eingriff“	226
a)	Begriffsbestimmung	226

b) Der Gedanke der Verantwortlichkeit	228
c) Zurechnungskriterien	230
aa) Unmittelbarkeitserfordernis	232
bb) Finalität	233
cc) Kriterium der „Schwere“	234
d) Gesamtbewertung erforderlich	236
2. Subjektive öffentliche Rechte bei der Aktualisierung gesetzlicher Grundrechtsschranken in zwei- und mehrseitigen Rechtsverhältnissen	238
3. Subjektive öffentliche Rechte in polygonalen Rechtsverhältnissen bei der Aktualisierung von objektiven Grundrechtsgehalten und Schutzpflichtkonkretisierungen	244
a) Das Problem	244
b) Die subjektiv-rechtliche Dimension schutzpflichtkonkretisierender Gesetze	248
c) Die Rolle der Verwaltung bei der Umsetzung gesetzlicher Schutzpflichtkonkretisierungen	253
d) Die Einordnung des „Gebots der Rücksichtnahme“	267
4. Das grundrechtsrelevante Verfahrensrecht	270
a) Die Verbindung zwischen Verwaltungsverfahren und Individualinteresse	270
b) Das subjektive öffentliche Recht auf Beachtung grundrechtsrelevanten Verfahrensrechts	272
aa) Potentielle Schutzvorschriften des Verwaltungsverfahrens	272
bb) Konkreter Schutznormcharakter	274
aaa) Maßgeblichkeit der materiellen Rechtsbetroffenheit	274
bbb) Individuelle Verfahrensbetroffenheit	275
ccc) Ergebnisunabhängigkeit verfahrensrechtlicher Schutznormen	276
ddd) Heilungsmöglichkeit	277
III. Subjektive öffentliche Rechte aufgrund gesetzgeberischer Dezision	278
IV. Zwischenergebnis: Die Systematik einer einheitlichen „Konstruktion“ von Schutznormen	281
1. Potentielle Schutznormen	281
2. Konkrete Schutznormen	282
a) Grundrechtsbetroffenheit	282
b) „Eingriff“ aufgrund Unmittelbarkeit, Finalität und Intensität behördlichen Verhaltens	282
3. Kapitel: Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei der Zuerkennung subjektiver öffentlicher Rechte und die „normexterne“ Wirkung der Grundrechte	284
I. Die „normexterne“ Wirkung der Grundrechte	284

1. Abschließende Bedeutung grundrechtsrelevanter Gesetze	284
2. Die Grundrechte als Grundlage subjektiver öffentlicher Abwehrrechte in zweiseitigen Verwaltungsrechtsverhältnissen	285
3. Die Grundrechte als Grundlage subjektiver öffentlicher Abwehrrechte in dreiseitigen und polygonalen Rechts- verhältnissen	287
4. Die Grundrechte als Anspruchsgrundlagen auf behördliches Tätigwerden	290
II. Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei der Zuerkennung subjektiver öffentlicher Rechte	291
1. Gegenstände der Entscheidungsfreiheit im grundrechtsrelevanten Bereich	292
a) Die Entscheidung über das „Ob“ einer Regelung	292
b) Die Gestaltungsfreiheit bei der Bestimmung effektiver Schutzbereiche	292
2. Das Gebot effektiven Rechtsschutzes als Schranke der Gestaltungsfreiheit	293
3. Gestaltungsfreiheit im nicht grundrechtsrelevanten Bereich	297

Teil D

Die subjektiven öffentlichen Rechte der Konkurrenten

1. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrentenabwehrbegehren und Fragen ihrer prozessualen Geltendmachung	298
I. Der Umfang materieller Konkurrentenabwehransprüche	298
1. Konkurrentenabwehransprüche aufgrund der normimmanenten Wirkung von grundrechtlich geschützten Interessen	298
a) Keine grundrechtlich geschützten Interessen der Altunternehmer	298
b) Sonderfall: Monopolgewährung	302
c) Einzelfälle	302
d) Unspezifische Ansatzpunkte für einen Konkurrentenabwehr- anspruch	304
2. Konkurrentenabwehransprüche aufgrund gesetzgeberischer Gestaltungsentscheidung	304
II. Gemeinschaftsrechtliche Direktiven für die Ausgestaltung von Konkurrentenabwehransprüchen	309
III. Verwaltungsverfahren	310
IV. Prozessuale Fragen	310

2. Kapitel: Fiskusabwehransprüche und Fragen ihrer verfahrensrechtlichen Durchsetzung	312
I. Der Umfang von Fiskusabwehransprüchen	312
1. Allgemeines	312
a) Interessenlage	312
b) Der Stand der Diskussion	313
2. Fiskalgeltung der Grundrechte	315
3. „Eingriff durch Konkurrenz“	316
a) Die Eingriffsgeeignetheit konkurrenzwirtschaftlicher Betätigung und potentielle Schutznormen	316
aa) Berufsfreiheit	317
bb) Wettbewerbsfreiheit	319
cc) Die Rechtsstellungsgarantie nach Art. 14 I GG	322
dd) Einzelfälle von Konkurrenzschutznormen	324
b) Konkreter Konkurrenzschutzcharakter und Eingriff	325
aa) Grundrechtsbetroffenheit	325
bb) Eingriff	326
aaa) Unmittelbarkeit	326
bbb) Finalität	327
ccc) Schwere	327
c) Rechtsfolgen	330
4. Die Rolle des Wettbewerbsrechts	331
a) Abgrenzung zum öffentlichen Recht	331
b) Rechtsfolgen	339
aa) Kartellrecht	339
bb) UWG	340
5. Gemeinschaftsrecht als Grundlage von Fiskusabwehransprüchen	341
a) Unmittelbare Beteiligung am Wettbewerb	341
aa) Art. 37 EWGV	341
bb) Kartellrecht	342
cc) Grundfreiheiten	344
dd) Sekundäres Gemeinschaftsrecht	347
b) Öffentliche Unternehmen	347
II. Prozessuale Geltendmachung	349
1. Die Problematik des Rechtsweges	349
a) Verwaltungsrechtsweg	349
b) Ordentlicher Rechtsweg	350
c) Sozialrechtsweg	351
2. Prozessuale Probleme bei der Geltendmachung von Fiskusabwehransprüchen	351
a) Behandlung unterschiedlicher Streitgegenstände	351
b) Statthafte Klagearten	352
aa) Verwaltungsrechtsweg	352
bb) Ordentlicher Rechtsweg	352

3. Verfassungsbeschwerde	352
a) Das Problem	352
b) Die Formel vom „spezifischen Verfassungsrecht“	353
c) Effektiver Rechtsschutz auch für (Grund)Rechtsverletzungen	355
aa) Funktionell-rechtliche Grenzziehung	355
bb) Ausformung des einfachen Rechts durch die Grundrechte	356
cc) Willkürkontrolle	356
4. Besonderheiten bei der Geltendmachung europarechtlich begründeter Konkurrenzschutzansprüche	357
a) Durchsetzung des europäischen Kartellrechts	357
b) Vorabentscheidung nach Art. 177 EWGV	357
 3. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Begünstigungsabwehrbegehren und ihre prozessuale Geltendmachung	 358
I. Ansprüche auf Begünstigungsabwehr	358
1. Zur Struktur der Ansprüche	358
2. Begünstigungsabwehransprüche im Zusammenhang mit staatlicher Informationstätigkeit	360
a) Allgemeines	360
b) Betroffene Grundrechtsbereiche und potentielle Schutznormen	362
c) Eingriff und konkrete Schutznormqualität	363
aa) Finalität	364
bb) Unmittelbarkeit	365
cc) Intensität	366
d) Rechtsfolgen	367
e) Einfachgesetzlich verliehene Rechte/Ansprüche	369
3. Steuerrecht	369
a) Potentielle Schutznormen	370
aa) Art. 12 I GG, insbesondere Wettbewerbsfreiheit	371
bb) Art. 14 I GG	371
cc) Art. 3 I GG	372
dd) Potentielle Konkurrenzschutznormen im einzelnen	372
b) Konkrete Schutznormen	373
aa) Unmittelbarkeit	373
bb) Finalität	373
cc) „Schwere“	374
c) Rechtsfolgen	374
4. Begünstigungsabwehransprüche gegenüber der Gewährung von Beihilfen und Wirtschaftssubventionen	375
a) Zur Grundrechtsrelevanz von Subventionsgewährungen	375
Exkurs: Das Gleichbehandlungsgebot als Grundlage von Begünstigungsabwehransprüchen	377
b) Potentielle Konkurrenzschutznormen	379
c) Konkrete Konkurrenzschutznormen	379
aa) Grundrechtsbetroffenheit	380

bb) Die Zurechnungsproblematik – der „Eingriff“	383
aaa) Unmittelbarkeit	383
bbb) Finalität	384
ccc) Kriterium der „Schwere“	384
d) Subjektive öffentliche Rechte auf europarechtlicher Grundlage	385
aa) Die Beihilferegelungen	385
bb) Grundfreiheiten	387
e) Rechtsfolgen	388
aa) Gesetzesakzessorische Verwaltung	388
bb) Gesetzesfreie Verwaltung	388
5. Kartellverwaltungsrecht	389
6. Sonstige verteilungslenkende Verwaltungshandlungen	389
a) Potentielle Schutznormen	390
b) Konkrete Schutznormen	390
aa) Grundrechtsbetroffenheit	391
bb) Eingriff	392
c) Rechtsfolgen	392
II. Folgerungen für das Verwaltungsverfahren	393
1. Die verfahrensrechtliche Berücksichtigung von Begünstigungs- abwehransprüchen bei der öffentlichen Informationstätigkeit	393
2. Verwaltungsverfahrenrechtliche Fragen im Steuerrecht	393
3. Verwaltungsverfahrenrechtliche Fragen bei der Gewährung von Wirtschaftssubventionen	395
a) Beteiligung der Konkurrenten	395
b) Vorverfahren	396
c) Öffentlich-rechtlicher Vertrag	396
III. Prozessuale Geltendmachung im nationalen Recht	397
1. Zulässiger Rechtsweg und statthafte Klagearten	397
a) Staatliche Informationstätigkeit	397
b) Steuerrecht	397
c) Subventionen	398
d) Kartellverwaltungsrecht	399
2. Klagebefugnis	400
a) Erweiterung der Klagebefugnis vor allem im Steuerrecht	400
b) Notwendige Einschränkungen der Klagebefugnis am Beispiel einer subventionsrechtlichen Begünstigungsabwehrklage	401
c) Sonderfall: Kartellverwaltungsrecht	403
3. Sonstige prozessuale Fragen	404
a) Beiladung	404
aa) Staatliche Informationstätigkeit	404
bb) Steuerrecht	404
cc) Subventionsgewährung	405
b) Fristen	405
4. Begünstigungsabwehransprüche vor dem EuGH	405

Exkurs: Begünstigungsabwehransprüche gegen Gemeinschaftsorgane	406
I. Verteilungslenkende Interventionen durch die Begünstigung eines Konkurrenten	408
1. Beihilfen der EG	408
2. Referenzmengen zuteilung	409
3. Kartellrechtliche Freistellungen	410
4. Die Mitwirkung europäischer Organe an nationaler Verteilungs- lenkung	410
II. Verwaltungsverfahrenrechtliche und prozessuale Fragen bei der Durchsetzung von Begünstigungsabwehransprüchen	411
1. Statthafte Klageart	411
a) Nichtigkeitsklage nach Art. 173 EWGV	411
b) Nichtigkeitsklage nach Art. 33, 34 EGKSV	411
2. Klagebefugnis	412
3. Fristen	413
4. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrentengleichstellungsbegehren und Fragen ihrer prozessualen Geltendmachung	414
I. Der Umfang materieller Konkurrentengleichstellungsansprüche .	414
1. Allgemeines	414
2. Konkurrentengleichstellungsansprüche im Kartellrecht	416
a) Potentiell konkurrenzschützende Normen	416
b) Konkreter Schutznormcharakter	419
aa) Grundrechtsbetroffenheit	419
bb) Eingriff	419
c) Rechtsfolgen	421
3. Sonstige Konkurrentengleichstellungsansprüche	422
a) Potentielle Schutznormen	422
b) Konkrete Schutznormen	423
aa) Grundrechtsbetroffenheit	423
bb) Eingriff	423
II. Folgerungen für das Verwaltungsverfahren	424
1. Verfahren vor den Kartellbehörden	425
2. Verwaltungsverfahrenrechtliche Aspekte sonstiger Konkurrenten- gleichstellungsansprüche	426
III. Gerichtliche Durchsetzung von Konkurrentengleichstellungs- ansprüchen	426
1. Kartellrecht	426
2. Gerichtliche Durchsetzung sonstiger Konkurrentengleichstellungs- ansprüche	427

a) Rechtsweg	427
b) Klageart	427
c) Beiladung	427
d) Vorläufiger Rechtsschutz	428
Exkurs: Konkurrentengleichstellungsansprüche gegenüber europäischen Organen	428
I. Kartellrechtliche Befugnisnormen als Anspruchsgrundlage	428
II. Verwaltungsverfahren	429
III. Prozessuale Probleme	430
1. Statthafte Klageart	430
2. Einstweiliger Rechtsschutz	431
5. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrentenverdrängungsbegehren und ihre prozessuale Geltendmachung	431
I. Der Umfang von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	431
1. Der Bereich des beruflichen Zulassungswesens	432
a) Potentielle Schutznormen im Bereich der Berufszulassung	432
b) Konkrete Schutznormen	434
aa) Grundrechtsbetroffenheit	434
bb) Unmittelbarkeit	436
cc) Finalität	436
c) Rechtsfolgen	438
aa) Anspruchsinhalt	438
bb) Funktionell-rechtliche Grenzen?	439
cc) Erlöschen des Anspruchs	440
2. Konkurrentenverdrängungsansprüche bei der Teilnahme der öffentlichen Verwaltung am Geschäftsverkehr	441
a) Allgemeines	441
b) Die Grundrechtsrelevanz der öffentlichen Auftragsvergabe	443
aa) Schutzbereich der Berufsfreiheit bei „einfacher“ Marktteilnahme	444
bb) Marktbeherrschende Stellung des öffentlichen Auftraggebers	445
cc) Fazit	446
c) Potentielle Schutznormen	447
Exkurs: Wettbewerbsrecht	449
d) Konkrete Schutznormqualität	450
aa) Grundrechtsbetroffenheit	450
bb) Eingriffsqualität der Auftragsvergabe	450
e) Rechtsfolgen	451
3. Konkurrentenverdrängungsansprüche im Beamtenrecht	452
a) Die potentiell betroffenen Grundrechte	452

aa) Berufsfreiheit	452
bb) Art. 33 II GG	453
cc) Potentielle Konkurrenzschutznormen im einzelnen	455
b) Konkreter Schutznormcharakter	455
aa) Unmittelbarkeit	456
bb) Finalität	456
c) Rechtsfolgen	456
4. Europarechtliche Grundlagen von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	459
a) Hochschulzulassung	459
b) Verkehr	461
c) Die Vergabe öffentlicher Aufträge	462
aa) Rechtslage für öffentliche Lieferaufträge	462
bb) Rechtslage für die Vergabe von Dienstleistungen	463
cc) Subjektive öffentliche Rechte aufgrund von die Auftragsvergabe steuernden Richtlinien	463
d) Beamtenrechtliche Konkurrentenverdrängungsansprüche	467
II. Folgerungen für das Verwaltungsverfahren	468
1. Berufliches Zulassungswesen	468
2. Vergabe öffentlicher Aufträge	469
3. Beamtenrecht	470
a) Keine Aufspaltung der Verwaltungsverfahren	470
b) Ausschreibung	470
c) Begründung der Auswahlentscheidung	471
III. Prozessuale Fragen bei der Durchsetzung von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	472
1. Rechtsweg und statthafte Anträge	472
a) Berufliches Zulassungswesen	472
b) Öffentliche Auftragsvergabe	474
c) Beamtenrecht	476
2. Sonstige verwaltungsprozessuale Fragen	477
a) Klagebefugnis	477
b) Fristlauf	478
c) Beiladung	478
aa) Abgeschlossene Verteilung	478
bb) Vor der Verteilungsentscheidung	479
d) Rechtsschutzbedürfnis	479
e) Vorläufiger Rechtsschutz	480
aa) Statthafte Anträge	480
bb) Keine Vorwegnahme der Hauptsache	480
3. Ordentlicher Rechtsweg	481
4. Anrufungsmöglichkeiten des EuGH	481
Exkurs: Konkurrentenverdrängungsansprüche gegenüber europäischen Organen	481

- I. Öffentliche Auftragsvergabe der EG 481
- II. Beamtenrecht der EG 482
- 6. Kapitel: Der Vorbehalt des Gesetzes im Bereich des
Konkurrenzschutzes 483
 - I. Die Reichweite des Gesetzesvorbehalts 484
 - II. Der Vorbehalt des Gesetzes im Spannungsfeld zwischen
gesetzgeberischer Abstraktion und Einzelfallbezogenheit 488
 - III. Das Gesetz als maßgebliches Instrument zur Steuerung
von Verteilungsentscheidungen 493
 - 1. Der Vorbehalt des Gesetzes für die konkurrenzwirtschaftliche
Betätigung der öffentlichen Verwaltung 494
 - 2. Der Vorbehalt des Gesetzes und die Begünstigungsabwehransprüche . 496
 - a) Staatliche Informationstätigkeit 496
 - b) Subventionsvergabe 497
 - c) Steuervergünstigungen 502
 - 3. Der Vorbehalt des Gesetzes und die Konkurrentengleichstellungs-
ansprüche 503
 - 4. Der Vorbehalt des Gesetzes und die Konkurrentenverdrängungs-
ansprüche 503
 - a) Berufliches Zulassungswesen 503
 - b) Auftragsvergabe 504

Teil E

Konkurrenzschutz als Gleichheitsproblem

- 1. Kapitel: Die Bedeutung des Gleichheitssatzes für den
Konkurrenzschutz 507
 - I. Konkurrenzschutz und die Abwehr von Ungleichbehandlungen . 507
 - 1. Begünstigungsabwehransprüche 507
 - 2. Konkurrentenverdrängungsansprüche 508
 - 3. Fiskusabwehransprüche 509
 - 4. Konkurrentenabwehransprüche 510
 - 5. Konkurrentengleichstellungsansprüche 510
 - II. Die Konnexität von Freiheit und Gleichheit im Bereich
des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes 511
 - 1. Fragestellung 511
 - 2. Freiheit und Gleichheit als Grundlage von Begünstigungs-
abwehransprüchen 511

3. Der Einfluß von Freiheit und Gleichheit auf die Anerkennung von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	515
a) Berufliches Zulassungswesen	516
b) Öffentliche Auftragsvergabe	517
c) Beamtenrecht	517
III. Zwischenergebnis	517
2. Kapitel: Strukturelle Fragen des allgemeinen Gleichheitssatzes . . .	518
I. Der Gewährleistungsbereich des Gleichheitssatzes	518
1. Der Gesetzgeber als Adressat	519
2. Maßstab für die Verwaltung	519
3. Der Gleichheitssatz als „präformiertes“ Grundrecht	520
II. Die inhaltliche Offenheit des Gleichheitssatzes	520
III. Freiheitsrechte als Maßstab zur inhaltlichen Anreicherung des Gleichheitssatzes	524
3. Kapitel: Konkurrenzschutz als Folge unzulässiger Differenzierung .	531
I. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Konkurrentenabwehransprüchen	534
II. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Fiskusabwehransprüchen	535
1. Allgemeines	535
2. Die „schlichte“ konkurrenzwirtschaftliche Betätigung	535
3. Die „privilegierte“ Teilnahme am Wettbewerb	536
III. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Begünstigungsabwehransprüchen	537
1. Staatliche Informationstätigkeit	537
2. Wirtschaftssubventionen	539
3. Steuervergünstigungen	540
IV. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Konkurrentengleichstellungsansprüchen	541
V. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	542
1. Berufliches Zulassungswesen	543
2. Differenzierung bei der öffentlichen Auftragsvergabe	545
a) Auftragsvergabe bei fehlender Marktmacht	545
b) Auftragsvergabe bei marktbeherrschender Stellung	546
3. Beamtenrecht	547

Teil F

Zusammenfassung und Ausblick

I. Zusammenfassung zur Konzeption des subjektiven öffentlichen Rechts	549
II. Verwaltungsrechtlicher Konkurrenzschutz als Garantie beruflicher Chancengleichheit	563
Literaturverzeichnis	569
Stichwortregister	585

Teil A

Einleitung

1. Anlaß der Untersuchung

Seit der berühmt gewordenen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zur Subventionierung von Winzergenossenschaften vom 30. August 1968¹ hat „die Konkurrentenklage“ im deutschen Verwaltungsrecht einen Siegeszug angetreten, dessen Ende noch nicht in Sicht sein dürfte. Das belegen nicht nur zahlreiche Monographien² und Aufsätze³, sondern auch die Entwicklung der Rechtsprechung, die – nach anfänglichem Zögern – der Erstreckung der Konkurrentenklage auf immer weitere Gebiete des Verwaltungsrechts zunehmend aufgeschlossen gegenübersteht. In jüngerer Zeit dürfte diese Entwicklung insbesondere durch eine vorsichtige Öffnung des öffentlichen Dienstrechts für die Zulässigkeit von Konkurrentenklagen⁴ und die Entdeckung des informellen Verwaltungshandelns als unter dem Gesichtspunkt des Konkurrenzschutzes problematischer Handlungsform markiert sein⁵.

Mit der Feststellung des dermaßen beschriebenen Trends ist eine inhaltliche Aussage über die „Konkurrentenklage“ als solche allerdings nicht verbunden. Es ist sogar zweifelhaft, ob bei den üblicherweise unter dem Stichwort „Konkurrentenklage“ abgehandelten Fallgestaltungen tatsächlich von einem „Institut

¹ BVerwGE 30, 191 ff.

² R. Scholz, Wirtschaftsaufsicht und subjektiver Konkurrentenschutz, 1971; M. Zuleeg, Subventionskontrolle durch Konkurrentenklage, 1974.

³ B. Knobbe-Keuk, Die Konkurrentenklage im Steuerrecht, BB 1982, 385 ff.; F. Rittner / K. D. Stephan, Die Konkurrentenklage im Subventionsrecht, GewArch 1985, 177 ff.; W. Brohm, Die Konkurrentenklage, in: Festschrift für C. F. Menger, S. 235 ff.; K. Finkelnburg, Konkurrentenklage im Beamtenrecht, DVBl 1980, 809 ff.; D. Frers, Die Konkurrentenklage im Gewerberecht, DÖV 1988, 670 ff.

⁴ Das kommt etwa in BVerwGE 61, 325/330 zum Ausdruck; zur Konkurrentenklage, die sich auf eine militärische Verwendungsentscheidung bezieht, vgl. BVerwG, DVBl 1985, 747 f.; zur Ablehnung eines Beamtenbewerbers BVerwG, DÖV 1982, 76 f. Die grundsätzliche Zulässigkeit der beamtenrechtlichen Konkurrentenklage setzt auch BayVGh, DÖV 1983, 391 f.; VGh Kassel, NJW 1985, 1103 ff.; VGh Kassel, NVwZ 1982, 638 f.; jüngst auch BVerfG, BayVBl 1990, 110 f.

⁵ BVerwGE 71, 183 ff. – Transparenzliste; 75, 109 ff. – Subventionsbetreuer.

der Konkurrentenklage“⁶ oder einem „Institut des Konkurrenzschutzes“ im Sinne einer einheitlichen dogmatischen Figur gesprochen werden kann. Da es hierüber noch keine eingehenderen Untersuchungen gibt, besteht durchaus die Möglichkeit, daß es sich bei den angesprochenen Fallgestaltungen um weitgehend beliebige Konstellationen von Drittbetroffenheit handelt, bei denen die Verwendung der Terminologie „Konkurrentenklage“ nahe lag, ohne daß damit aber ein spezifischer Aussagegehalt verbunden gewesen wäre. Beredte Beispiele dafür sind etwa die bau- oder immissionsschutzrechtliche „Konkurrentenklage“⁷. Umgekehrt kommt etwa in der schon erwähnten Subventionsbetreuer Entscheidung des BVerwG der Begriff des „Konkurrenten“ oder der „Konkurrentenklage“ gar nicht vor. Eine Eingrenzung des Themas ist daher unerlässlich. Es hat – neben zahlreichen sektoralen Abhandlungen über das Phänomen der Konkurrentenklage – nicht an Versuchen gefehlt, die unterschiedlichen Varianten der Konkurrentenklagen zu kategorisieren und zu systematisieren. Darauf wird zurückzukommen sein⁸. Es ist, über spezielle Fallkonstellationen hinaus, bislang aber nicht gelungen, dem Konkurrenzschutz eine eigenständige inhaltliche Bedeutung zu erschließen, der eine gewisse materiell-rechtliche Konsistenz zukommen würde.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung kann deshalb nur an die Fallkonstellationen angeknüpft werden, die in Rechtsprechung und Lehre typischerweise unter dem Gesichtspunkt des Konkurrenzschutzes behandelt werden oder die ihrerseits in einem so engen Verhältnis zu den gemeinhin als „Konkurrentenklagen“ bezeichneten Fällen stehen, daß sich ihre Einbeziehung aufdrängt. Umgekehrt können nicht sämtliche Beispiele berücksichtigt werden, die einen, wenn auch nur entfernten Bezug zu dieser Problematik besitzen. Hier wird an geeigneter Stelle jeweils eine Abgrenzung vorzunehmen sein. Bereits an dieser Stelle sei aber gesagt, daß diese, zunächst nur aus Praktikabilitäts-erwägungen angestrebte Begrenzung des Stoffes im nachhinein eine Bestätigung durch das materielle Recht erfahren wird.

2. Der Ansatzpunkt für die Untersuchung

Konkurrenzschutz setzt das Vorhandensein von Konkurrenten voraus, und Konkurrenten kann es nur dort geben, wo „Wettbewerb“ existiert. Wettbewerb ist in erster Linie wirtschaftlicher Wettbewerb⁹.

⁶ So aber *E. Eyermann / L. Fröhler*, VwGO, § 42 Rdnr. 138.1; *W. Henke*, Das Recht der Wirtschaftssubventionen, S. 112, hingegen bezeichnet die Konkurrentenklage als ein Rechtsinstitut, das sehr verschiedene rechtliche Erscheinungen umfaßt. Im übrigen sei die Bezeichnung „Konkurrentenklage“ Ausdruck aktionenrechtlichen Denkens und verdecke die Fragen nach dem materiellen Recht.

⁷ Vgl. VGH Mannheim, NVwZ 1990, 575.

⁸ Vgl. unter Teil B.

⁹ *F. Rittner*, Wirtschaftsrecht, § 14 Rdnr. 20 ff.

Er ist jedoch nicht auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt. „Wettbewerb“ zwischen politischen Parteien gehört etwa ebenso zu den Grundbedingungen für die Funktionsfähigkeit der Demokratie wie der sog. publizistische Wettbewerb¹⁰. Schließlich werden zahlreiche weitere Lebensbereiche durch das Vorhandensein von Wettbewerb mehr oder weniger stark geprägt. Hier sei etwa an das Bildungs- und Prüfungswesen erinnert¹¹, oder auch an das Beamtenrecht, für das Art. 33 II GG mit der ausdrücklichen Anordnung des Leistungsgrundsatzes den Wettbewerb anordnet.

„Wettbewerb“ ist unter der Ordnung des Grundgesetzes allerdings nicht als liberales „laissez faire, laissez aller“ mißzuverstehen. Es ist grundsätzlich Aufgabe des Staates, den Wettbewerb als „Institut“ zu gewährleisten, und seine Rahmenbedingungen festzulegen¹². Schon dies zeigt, daß es dem Staat nicht verwehrt sein kann, ordnend in „den Wettbewerb“ einzugreifen. Darüber hinaus ist der Wettbewerb nicht absolut gewährleistet. Es ist dem Staat grundsätzlich nicht untersagt, zur Verfolgung bestimmter öffentlicher Zwecke vorhandenen Wettbewerb auch zu beschränken, oder gar nicht erst entstehen zu lassen. So kann er mit Hilfe des Gewerberechts, des Steuer-, Sozial- oder Berufsrechts den Zugang zu bestimmten Märkten oder sogar zu einzelnen Tätigkeiten durchaus erschweren oder einschränken¹³.

Hier liegt der Ansatzpunkt für die Frage nach dem Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. Gegenstand der vorliegenden Untersuchung soll es deshalb sein, die Rechtsstellung des einzelnen im Hinblick auf die Interventionsmöglichkeiten des Staates in den Wettbewerb zu untersuchen. Da es allerdings nur um den Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht geht, beschränkt sich der Untersuchungsgegenstand auf die Interventionsmöglichkeiten, mit denen die öffentliche Verwaltung „Wettbewerb“ regeln kann.

Darüber hinaus ist hinsichtlich der Rechtsstellung der Konkurrenten eine weitergehende Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes insofern erforderlich, als es hier nicht um die gesamte Rechtsstellung der Wettbewerber gehen soll, sondern um ihre spezifische Rechtsstellung als potentielle, aktuelle oder ehemalige Konkurrenten.

¹⁰ Vgl. dazu BVerfGE 20, 162/176; *Chr. Starck*, in: v. Mangoldt/Klein, Art. 5 Abs. 1, 2 Rdnr. 55; *M. Löffler*, Presserecht I, § 1 Rdnr. 118 ff.

¹¹ Zur Auslese nach dem Leistungsprinzip im Schulwesen: *Tb. Oppermann*, in: v. Münch, Besonderes Verwaltungsrecht, II 3 f.; zur Juristenausbildung vgl etwa § 5d DRiG.

¹² Vgl. nochmals das Spiegel-Urteil des BVerfG, BVerfGE 20, 162/176, wo eine Pflicht des Staates für möglich gehalten wird, „Gefahren abzuwehren, die einem freien Pressewesen aus der Bildung von Meinungsmonopolen erwachsen können“. *F. Rittner*, Wirtschaftsrecht, § 3 Rdnr. 24.

¹³ *F. Rittner*, Wirtschaftsrecht, § 3 Rdnr. 24.

3. Gang der Untersuchung

Im Wege der induktiven Methode sollen im folgenden die Fallkonstellationen erfaßt werden, die typischerweise unter dem Gesichtspunkt des Konkurrenzschutzes behandelt werden, bzw. die in einem so engen Verhältnis zu solchen Fallkonstellationen stehen, daß ihre Einbeziehung sinnvoll erscheint. Auf dieser Grundlage wird es dann darum gehen, die spezifischen Problemstellungen des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes zu entwickeln. Als entscheidende Fragestellung wird sich hier die Frage nach dem gerichtlichen Rechtsschutz und damit die Frage nach dem subjektiven öffentlichen Recht ausmachen lassen (Teil B.). In einem zweiten Schritt wird es sodann um die Bestimmung des subjektiven öffentlichen Rechts gehen. Ausgehend von der sog. Schutznormtheorie wird dabei zunächst der aktuelle Diskussionsstand zusammenzufassen zu sein, bevor der Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung der Rechtsstellung des einzelnen gegenüber dem Staat unternommen wird, die einfachgesetzliche und grundrechtliche Berechtigungen gleichermaßen erfaßt (Teil C.). Nach der Anwendung dieses Vorschlags auf die unterschiedlichen Kategorien von Konkurrenzschutzansprüchen (Teil D.) werden sodann die Sicherung beruflicher und unternehmerischer Chancengleichheit als materiell-rechtliches Spezifikum des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes festzustellen sein (Teil E.). Eine Zusammenfassung und ein Ausblick beschließen die Ausführungen. (Teil F.).

Teil B

Die gerichtliche Praxis und die Problemstellungen des Konkurrenzschutzes im Verwaltungsrecht

Gang der Untersuchung: Der Begriff der Konkurrentenklage, und mit ihm auch der des Konkurrenzverhältnisses oder des Konkurrenzschutzbegehrens beruht nicht auf einer Legaldefinition. Auch hat er weder durch die Rechtsprechung¹ noch durch die Literatur² klar konturierte Umrisse erhalten. Die verwaltungsrechtliche Praxis ist vielmehr durch einen mehr oder weniger unreflektierten Gebrauch dieser Begriffe gekennzeichnet. Dies belegt eine Zusammenstellung der wichtigsten Konkurrenzschutzbegehren, die in der gerichtlichen Praxis bereits eine Rolle gespielt haben, bei denen der Begriff der „Konkurrentenklage“ o. ä. allerdings nicht immer verwendet wird (1. Kapitel). Im Anschluß daran muß es darum gehen, den Begriff des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes für die durchzuführende Untersuchung operabel zu machen. Dabei wird der Festlegung eines spezifisch verwaltungsrechtlichen Konkurrenzverhältnisses die entscheidende Bedeutung zukommen (2. Kapitel). Die weiteren Überlegungen werden zeigen, daß die Handlungsformen, mit denen die öffentliche Verwaltung Interventionen in den Wettbewerb vornimmt, ganz unterschiedlicher Natur sind (3. Kapitel), bevor schließlich eine Kategorisierung der hier zu behandelnden Konkurrenzschutzbegehren nach ihren Zielen vorgenommen werden wird (4. Kapitel).

¹ BFH, NVwZ 1985, 375 f.; BVerwG, NVwZ 1984, 306 f.; BVerwG, DVBl 1979, 912; BVerwG, NJW 1980, 718; VGH Mannheim, NVwZ 1990, 575; OVG Münster, NVwZ 1983, 381; sowie *H. W. Laubinger*, Der Verwaltungsakt mit Doppelwirkung, S. 73 ff. m. w. N.

² *Bothe*, JZ 1975, 399 ff.; *W. Brohm*, Festschrift für C. F. Menger, S. 235 ff.; *P. Kunig*, Gedächtnisschrift für W. Martens, S. 599; *R. Pitschas*, GewArch 1981, 216 (217); *J. Scherer*, JuS 1985, 11 (16); *R. Scholz*, Wirtschaftsaufsicht und subjektiver Konkurrentenschutz, S. 43; *ders.*, ZHR 132 (1969), S. 97 ff.

1. Kapitel

*Der verwaltungsrechtliche Konkurrenzschutz
in der gerichtlichen Praxis*

Mit dem verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutz wird ein Rechtsgebiet berührt, das in der Lehre durch sehr unterschiedliche dogmatische Ansätze und in der Rechtsprechung durch eine kaum mehr überschaubare Kasuistik gekennzeichnet ist. Eine wissenschaftliche Aufbereitung und Strukturierung dieses Rechtsgebietes kann daher, will sie sich nicht in unverbindlichen Behauptungen und von rechtlichen Maßstäben losgelöstem Raisonieren verlieren, nicht auf der Ebene abstrakter Begriffsbestimmungen ansetzen, sondern hat – im Wege der induktiven Methode³ – vom Einzelfall auszugehen.

Das legt es nahe, bei den Konkurrenzschutzbegehren anzusetzen, die in der gerichtlichen Praxis bereits eine Rolle gespielt haben. Auf dieser Grundlage sollte es dann möglich sein, dem Problem des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes schärfere Konturen zu verleihen.

Bei der zunächst notwendigen Bestandsaufnahme kann angesichts der Fülle ganz unterschiedlicher Anwendungsfälle auf eine gewisse Typisierung nicht verzichtet werden. Insgesamt lassen sich etwa sieben größere Fallgruppen unterscheiden: Konkurrenzschutz im Zusammenhang des beruflichen Zulassungswesens (I.), Konkurrenzschutzbegehren, die sich bei Gelegenheit einer Erfüllung sonstiger öffentlicher Aufgaben ergeben (II.), Konkurrenzschutz anlässlich der Vergabe von Leistungen und Beihilfen durch die öffentliche Hand (III.), Konkurrenzschutz im Zusammenhang mit der Teilnahme der öffentlichen Hand am Wirtschaftsverkehr (IV.), sowie Konkurrenzschutzbegehren in den Spezialgebieten des Beamten- (V.), Kartell- (VI.) und Steuerrechts (VII.).

*I. Die Problematik des Konkurrenzschutzes
im beruflichen Zulassungswesen*

Ein zahlenmäßig sehr bedeutsamer Anteil von Konkurrenzschutzproblemen stellt sich im Rahmen des beruflichen Zulassungswesens. Ob es um die Zulassung zu Anstalten und öffentlichen Einrichtungen, um die Vergabe von Notariaten oder die Zulassung als Kassenarzt geht, ob das Auftreten neuer Konkurrenten im Gaststätten-, Handwerks- oder Personenbeförderungsrecht verhindert werden soll, Genehmigungen für den Güterfernverkehr oder Studienplätze verlangt werden, immer geht es im Kern darum, daß sich nicht berücksichtigte Bewerber / Konkurrenten gegen diese Nichtberücksichtigung wenden, und

³ Vgl. zur Bildung eines „äußeren oder abstrakt-begrifflichen Systems“ K. Larenz, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, Kapitel 7 Nr. 1.

dies häufig mit dem Argument geschieht, die Auswahl hätte durch die Behörde nicht so, sondern anders getroffen werden müssen.

1. Die Zulassung zu Anstalten und öffentlichen Einrichtungen

Die Situation im Bereich der öffentlichen Anstalten und Einrichtungen ist ganz allgemein dadurch gekennzeichnet, daß die Zulassung zu diesen Anstalten und Einrichtungen durch einen mehr oder weniger förmlichen Zulassungsakt, i. d. R. einen Verwaltungsakt, erfolgt, und daß die Kapazität dieser Einrichtungen an räumliche, sachliche und finanzielle Grenzen stößt. Damit sind Konflikte zwischen erfolgreichen und erfolglosen Bewerbern um die Zulassung vorgezeichnet.

Die vorhandenen Beispiele aus der obergerichtlichen Judikatur sind kaum noch überschaubar. Sie reichen vom Fall des Schiffsausrüsters, der von der Bundesrepublik Deutschland die Zulassung zum Nord-Ostsee-Kanal begehrte, um die den Kanal befahrenden Schiffe mit technischem Gerät zu versorgen⁴, der Klage einer Privatbank, die vom zuständigen Schulamt verlangte, wie die konkurrierende Sparkasse zum „Schulsparen“ zugelassen zu werden⁵, bis zu den beinahe jedes Volksfest, jeden Markt und jede Messe betreffenden Auseinandersetzungen, in denen Schausteller von den Veranstaltern, häufig den Kommunen, die Zulassung zu den Volksfesten etc. verlangen, und diesem Begehren aus Kapazitätsgründen nicht stattgegeben werden kann⁶.

Vereinzelt werden solche Ansprüche auch gegenüber Dritten geltend gemacht, vor allem wenn es sich um nach § 69 GewO festgesetzte Messen, Ausstellungen und Märkte handelt⁷. Charakteristisch für all diese Fälle ist, daß es entweder tatsächlich oder – wie im Falle des Schulsparens – wegen einer vorausgehenden Entscheidung der Behörde⁸, zu wenig Plätze gibt, um alle Bewerber gleichmäßig zu berücksichtigen, und daß sich der leer ausgegangene Bewerber dagegen wendet, daß gerade er unberücksichtigt geblieben ist.

⁴ BVerwGE 39, 235 ff.

⁵ BayVGh, GewArch 1974, 299 ff.

⁶ BayVGh, GewArch 1982, 98 ff. – Münchner Oktoberfest; BVerwG, GewArch 1982, 81 ff.; BayVGh, GewArch 1980, 299 f. – Augsburgs Plärrer; OVG Bremen, GewArch 1980, 229 ff. – bremischer Freimarkt; BVerwG, GewArch 1976, 379 ff. – Bocholter Kirmes; VGh Mannheim, GewArch 1984, 26 f. = NVwZ 1984, 254 f. – Canstatter Wasen; vgl. ferner aus jüngster Zeit BayVGh, GewArch 1988, 245 ff.

⁷ Vgl. OLG München, GewArch 1980, 271.

⁸ BayVGh, GewArch 1974, 299/300: Im Interesse der Verhinderung eines dem Erziehungs- und Unterrichtszweck nicht dienlichen Wettbewerbs im Schulgebäude ist es nicht sachwidrig, an jeder Schule nicht mehr als ein Institut mit dem Schulsparen zu betrauen, unter Hinweis auf KMB vom 22.11.1970, Nr. II 2.

2. Berufszulassungen im engeren Sinne

Das Berufszulassungsrecht ist durch unterschiedliche Berufswahlschranken gekennzeichnet, oder, um in der Terminologie des Apotheken-Urteils⁹ zu sprechen, durch objektive und subjektive Berufszulassungsschranken. Besondere Bedeutung kommt dabei naturgemäß den objektiven Berufszulassungsschranken zu, die sich heute vor allem noch im Bereich der sog. staatlich gebundenen Berufe finden. Das gilt in erster Linie für das Notariatswesen¹⁰. Da es hier um die Vergabe von – zumindest in weiten Teilen der Bundesrepublik – sehr lukrativen Ämtern geht, sind Vergabeentscheidungen in diesem Bereich von jeher Gegenstand von „Konkurrentenklagen“ mit unterschiedlichster Zielrichtung gewesen. Bereits in den fünfziger Jahren hatten sich etwa das OVG Lüneburg und der Württ.-Bad. VGH mit Konkurrenzschutzbegehren alteingessener Notare zu beschäftigen, mit denen die Bestellung neuer Konkurrenten verhindert werden sollte, bzw. mit Klagen, in denen es darum ging, die Bestellung eines Mitbewerbers rückgängig zu machen, und die ursprünglich an den Konkurrenten vergebene Stelle selbst zugeteilt zu erhalten¹¹.

Erst in jüngerer Zeit hatte das BVerfG über die Verfassungsbeschwerde eines Bewerbers für den Notardienst zu befinden, der sich im Jahre 1979 um die Ernennung zum Notarassessor in Hamburg erfolglos bemüht hatte, weil ihn die zuständige Justizbehörde unter Hinweis auf seine nicht hinreichenden Leistungen in den juristischen Staatsprüfungen und besser qualifizierte Mitbewerber abgelehnt hatte. Mit seinem Antrag auf gerichtliche Entscheidung sowie der gegen diese Entscheidung eingelegten sofortigen Beschwerde (§ 111 BNotO), hatte der Bf. ausdrücklich zwar nur die Ablehnung seiner Bewerbung angegriffen. Hintergrund für die Ablehnung war aber, daß zur gleichen Zeit auch Bewerbungen besser qualifizierter Konkurrenten vorlagen oder unmittelbar bevorstanden, die das Zweite Staatsexamen mit „vollbefriedigend“ bzw. „gut“ bestanden hatten. Der Bf. hatte dagegen lediglich das Prädikat „befriedigend“ (6,98 Punkte) erreicht. Da er die zahlenmäßige Begrenzung der Notarstellen nicht angegriffen hatte, konnte das eigentliche Ziel seines Rechtsschutzbegehrens nur darin liegen, anstelle der Mitbewerber ernannt zu werden, nicht neben

⁹ BVerfGE 7, 377 ff.

¹⁰ Auf die nur noch historisch bedeutsamen Konkurrenzschutzbegehren auf Erteilung von Milchhandelserlaubnissen (OVG Lüneburg, OVG 2, 233 ff.; OVG Saarlouis, OVG 6, 415 ff.) und Apothekenkonzessionen (BVerfGE aaO.) soll deshalb nicht weiter eingegangen werden.

¹¹ OVG Lüneburg, OVG 5, 484 ff. Auch der hier einschlägige § 8 II RNotO vom 13.2.1937, RGBL. I, S. 191 i. d. F. d. 2. VO zur Änderung der RNotO des Zentraljustizamts für die britische Zone vom 11.10.1948, VOBl., S. 311, ging davon aus, daß das nebenberufliche Notariat nicht unbeschränkt verliehen werden sollte, weil damit dem Zweige der Rechtspflege, den das Notariat darstellt, nicht gedient sei, OVG, aaO., S. 486; VGH Mannheim, ESVGH 2, 96 ff.

ihnen. Damit ist eine spezifische Problemstellung des Konkurrenzschutzes angesprochen.

Vergleichbare Fragen wirft auch das Zulassungswesen für Bezirksschornsteinfeger auf. Nach § 2 SchfG kann pro Kehrbezirk nur ein Bezirksschornsteinfeger bestellt werden. Die Bewerber müssen sich in Bewerberlisten (§ 6 I SchfG) eintragen und begründen dadurch eine Art „Anwartschaftsrecht“ auf die Verleihung eines Kehrbezirks¹². Die Verteilung erfolgt dann grundsätzlich nach dem Prioritätsprinzip. Wiederholt haben sich in die Liste eingetragene Bewerber dagegen gewehrt, daß einzelne ihrer Konkurrenten vor oder ranggleich mit ihnen in die Liste aufgenommen wurden, wodurch sich ihre eigenen Aussichten, einen Kehrbezirk zugeteilt zu erhalten, verschlechterten¹³. In jüngster Zeit ging es dabei vor allem um die Frage, ob frei werdende Kehrbezirke ausschließlich nach dem Maßstab des § 6 SchfG zu besetzen sind, wonach sich die Reihenfolge der Bestellung des Bezirksschornsteinfegermeisters nach dem Rang der Eintragung in die Bewerberliste richtet, oder ob hier Bewerber hätten bevorzugt werden müssen, die sich auf sog. Schornsteinfegerrealrechte (§§ 53 SchfG, 39a GewO, BayRealRVO) berufen konnten¹⁴. Es liegt nahe, daß sich jene Bewerber, die kein (zivilrechtliches) Realrecht für sich in Anspruch nehmen konnten, durch die Berücksichtigung dieses Kriteriums bei der Vergabeentscheidung durch die zuständige Behörde diskriminiert fühlten und darin eine Verletzung ihrer letztlich auf Art. 12 I GG zurückzuführenden Rechte sahen.

In den Bereichen, in denen es lediglich um subjektive Zulassungsvoraussetzungen geht, spielen Fragen des Konkurrenzschutzes eine weniger große Rolle. Das zeigt auch der Umfang der Judikatur.

In einer schon länger zurückliegenden Entscheidung hatte das BVerwG¹⁵ über die Klage mehrerer Versicherungsunternehmen zu entscheiden, die auch Rechtsschutzversicherungen anboten und sich dagegen gewandt hatten, daß das Bundesaufsichtsamt einem neuen Unternehmen – unter Auflagen allerdings – ebenfalls die Genehmigung erteilt hatte, mit einer Rechtsschutzversicherung auf den Markt zu kommen. Nach §§ 5 ff. des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I, S. 315) ist der Betrieb eines Versicherungsgeschäftes erlaubnispflichtig, wobei die Erlaubnis allein von subjektiven Zulassungsvoraussetzungen abhängt.

¹² BVerwG, DVBl 1988, 738 ff.

¹³ BVerwG, DÖV 1958, 553; OVG Saarlouis, OVG 6, 313 ff.; OVG Lüneburg, OVG 15, 333 ff. Auch das alte Recht (§ 10 VOSch vom 08.07.1937, RGBl. I, S. 831) kannte die jetzt in § 6 SchfG geregelte Bewerberliste und die Rangfolge der Eintragung als Maßstab der Verteilung, § 21 VOSch.

¹⁴ BayVGH, GewArch 1984, 334 ff.; BVerwGE 79, 130 ff. = DVBl 1988, 334 ff.

¹⁵ BVerwGE 10, 122 ff. = NJW 1960, 1315 f.

Wie der Beschluß des BVerwG vom 6. Dezember 1988¹⁶ zur Erteilung einer Erlaubnis nach Art. 1 § 1 RBERG zeigt, spielen Fragen des Konkurrenzschutzes auch in anderen Rechtsgebieten eine Rolle.

3. Gaststättenrecht

Da das deutsche Gaststättenrecht eine Bedürfnisprüfung für die Erteilung gaststättenrechtlicher Erlaubnisse grundsätzlich nicht zuläßt¹⁷, spielen Konkurrenzschutzbegehren im Gefolge der Erteilung gaststättenrechtlicher Erlaubnisse kaum eine Rolle. Hier kann allenfalls auf eine Entscheidung des OVG Koblenz verwiesen werden. Dort hatte ein Gastwirt dagegen geklagt, daß die örtliche Freiwillige Feuerwehr ihm für die Dauer einer Kirmes in einem von ihr aufgestellten und nach § 12 GastG betriebenen Festzelt „Konkurrenz machen“ wollte¹⁸.

4. Konkurrenz um Zulassungen im Gesundheitsbereich

Seit den fünfziger Jahren sind Fälle bekannt, in denen etablierte Ärzte, Apotheker oder Kassenärzte versucht haben, eine als lästig empfundene Konkurrenz neuer Berufskollegen zu verhindern¹⁹. Durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Berufsfreiheit, in der es immer wieder betont hat, daß der Konkurrenzschutz niemals Zweck einer Berufszulassungsschranke sein dürfe²⁰, haben diese Konkurrenzschutzbegehren aber erheblich an Bedeutung eingebüßt. Heute spielt in diesem Bereich lediglich die sog. kassenärztliche Konkurrentenklage noch eine gewisse Rolle. So hatte sich das BSG²¹ jüngst mit den Klagen mehrerer Kassenärzte zu beschäftigen, die sich dagegen gewandt hatten, daß die zuständige Kassenärztliche Vereinigung (KÄV) dem Chefarzt einer Klinik, der dieser Vereinigung nicht angehörte, die Ermächtigung erteilt hatte, in begrenztem Umfang an der kassen- und vertragsärztlichen Versorgung teilzunehmen. Sie sahen darin eine Beeinträchtigung des ihnen im kassenärztlichen Leistungssystem zukommenden Versorgungsvorrangs.

Daneben bereiten vor allem jene Fälle Probleme, in denen sich bei kontingierten Berufen oder Berufstätigkeiten ein unterlegener Bewerber nicht damit

¹⁶ BVerwG, GewArch 1989, 172 f.

¹⁷ Vgl. dazu BVerfGE 19, 330 ff.; P. Badura, in: I. v. Münch, BesVwR, 8. Aufl., 1988, S. 363; R. Stober, Der Befähigungsnachweis im Gastgewerbe als Rechtsproblem, 1986, passim.

¹⁸ OVG Koblenz, GewArch 1981, 384 ff. Ein Beispiel aus der schweizerischen Judikatur findet sich in BGE 79 I, 155/160.

¹⁹ BVerwG, NJW 1958, 643 – Apotheker; LSG Stuttgart, Ärtzl. Mitteilungen 1958, 1283 – Arzt; SG Reutlingen, Urt. v. 20.03.1958, Breith. 58.917 – Kassenärztl. Zweigpraxis.

²⁰ Ständige Rspr. seit BVerfGE 7, 377/408; 11, 168/188 f.

²¹ BSG, Urt. vom 27.10.1987, Die Sozialgerichtsbarkeit 1989, 120 ff., mit Anm. von H.J. Papier, ebenda, S. 123 f.

Stichwortverzeichnis

- Abstandsflächen 221
Abwehrrechte s. Freiheitsrechte
Adäquanz 233, 238
Adressat 111, 119 f., 126, 162, 239 f., 245, 252, 255, 261, 264, 295, 525, 527
Adressatenklagen 241, 554 ff.
Adressatentheorie 119, 126, 157, 160, 201, 238, 283, 525, 554 f.
Ämterpatronage 567
Ämterstabilität 457, 472
Ärzte, Zahnärzte 82
Akteneinsicht 393, 401, 425, 473, 520
Allgemeine Handlungsfreiheit 156, 176 ff., 240, 252, 300, 319 f., 554
Allgemeine Leistungsklage 477
Allgemeines Persönlichkeitsrecht 176
Allgemeines Rechtsgesetz 176, 217
Allgemeinwohl 163
Anhörung 77, 272, 310, 395, 429, 469, 520
Anstellung, Anstellungskonkurrenz 26 f., 37, 51
Anfechtungsbeschwerde 399, 403
Anfechtungsklage 310, 352, 398 ff., 404 f., 430, 472 f., 477, 558
Anschluß- und Benutzungszwang 536
Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts 347
AOK 24 f., 34, 84, 321, 336, 340
Apotheker, Apotheken 82, 122, 147
Apotheken-Entscheidung 305
Appellentscheidung 439 f.
Arbeitnehmerfreizügigkeit 346, 459, 467
Aufgabenverstaatlichung 336
Aufträge, öffentliche 22 ff., 37, 41, 51, 55 f., 72 f., 78, 86, 88 f., 96, 143, 148 f., 441, 443 ff., 450 ff., 462 f., 469, 474, 480 f., 504 ff., 509, 517, 542 f., 545 f., 566
Auftragssperre 49, 55, 444 ff., 450 f., 469, 475 f., 505 f.
Auftragsvergabe s. Aufträge, öffentliche
Auslegung, verfassungskonforme 117, 277 f., 295, 316, 394, 438, 493
Ausreißer-Fälle 491
Ausschreibung, Ausschreibungsverfahren 40 f., 149, 455, 469 f., 482, 505, 509, 545, 562, 567
Außenbereich 269
Ausstrahlungswirkung 189, 197, 288 f., 315, 346, 354, 356
Austauschbarkeit, funktionelle 42, 80
Auto-Analyzer-Fall 134, 369

Baubetreuer 450 f., 476
Beamtenstatut 482
Beamtenverhältnis 26
Bedürfnisprüfung 534
Beentjes / Niederlande 464
Befähigung 150, 453 f., 547 f.
Beförderung, Beförderungskonkurrenz 26, 37, 51, 56, 95, 452, 483
Begünstigungsabwehranspruch, -klage 84 f., 132 ff., 137 ff., 358 ff., 367 f., 370, 374 ff., 380, 385, 388, 390, 393 ff., 401 f., 404 f., 410 ff., 442, 496, 498, 507 f., 512, 537
Beihilfe s. Subvention
Beihilfeverbot 385
Beiladung 63, 97, 310 f., 403 ff., 427, 478
„Bekannt und bewährt“ 544
Beliehene 139
Bepackungsverbot 501
Bereichsspezifische Betrachtungsweise 521
Berufsfreiheit 142, 147, 149, 187, 230, 234, 299 f., 302, 305, 313 f., 316 f., 319, 321, 324, 328, 335 f., 359, 362, 371, 374, 422, 432, 434, 438, 440, 443 f., 447, 452, 454, 459, 468, 497, 505, 508, 512, 517, 545, 547
– Berufsausübung 147, 187, 299, 317, 319, 433, 437, 445, 505, 516, 546
– Berufswahl 215, 299, 301, 305, 308, 423 f., 432 f., 437, 443, 445, 452, 504, 516, 534, 542
Beschwerdeverfahren 398, 426
Besonderes Gewaltverhältnis 26
Bestandskraft 441, 458, 472, 477, 566

- Bestattungsbetriebe, kommunale 83, 338, 340
- Bestimmtheitsgrundsatz 325
- Bestimmungslandprinzip 345
- Beteiligter, Beteiligtenbegriff 77, 138, 395, 403, 425 f., 470
- Betroffenheit, Rechts-, Grundrechts- 157, 158 f., 163, 214 f., 219, 226, 244, 254, 274, 282, 325, 363, 380, 391, 403, 413, 419, 423, 434, 450, 489, 502, 514, 552
- Beurteilungsspielraum 151, 259 f., 441, 453 f., 519, 544, 557
- Bewerberlisten 41, 146, 436 ff., 567
- Bezirksschornsteinfeger 9, 54, 146, 435, 438
- Binnenmarkt 12, 345 f., 406, 568
- Biovilac / EWG 347
- Blockeis I – Entscheidung 130
- Bodson / Pompes funèbres 342
- Bundesbahn 18, 391, 433
- Butterfahrten 29, 38, 93, 141, 423
- C-Waffen-Entscheidung 184
- Cassis de Dijon-Rechtsprechung 530
- Chancengleichheit 4, 93, 136, 148, 359, 432, 503, 512, 517, 529, 533 f., 540 f., 564 ff.
- Cofaz / Kommission 410, 413
- Daseinsvorsorge 302, 335, 349, 536
- Dienstleistungen 463
- Dienstleistungsfreiheit 341, 345 f., 348, 459, 461 f.
- Differenzierungskriterien 510 f., 520, 524 ff., 537 f., 544 ff.
- Differenzierungsspielraum 501, 523, 546
- Differenzierungsverbote, -gebote 523
- Dillinger Hüttenwerke AG / Kommission 409
- Diskriminierungsverbot 149, 150, 344, 349, 381 f., 387 f., 406, 418, 449, 459 f., 529 f., 547, 568
- Drittwirkung 192, 197, 337, 368, 450
- Dünnsäureeinbringung 186
- Due process of law 272
- Effektiver Rechtsschutz 156, 158, 293 f., 355, 393 ff., 401, 408, 432, 441, 457, 479, 556
- Eigengesellschaften 315
- Eigentumsgarantie 156, 212, 300, 311, 313, 362, 496 f., 508
- Eignung 150, 453 f., 547 f.
- Eingriff 159, 177 f., 205, 224, 226 f., 228 ff., 235, 237 f., 240, 242 ff., 248, 253, 258 f., 264, 266, 269, 273, 278, 282 f., 286 f., 289, 291, 322, 325 ff., 336, 350, 359 ff., 365 ff., 371 f., 379, 381, 383, 385 f., 388 f., 392 f., 395, 402, 415, 419, 423 f., 438 f., 443, 445, 484 ff., 491, 493 ff., 496 ff., 503, 506, 508, 511 f., 526, 531, 539, 542, 544, 551 f., 556, 564
- durch Konkurrenz 74, 127, 316, 318, 329 f., 350, 495
- Eingriffs- und Schrankendenken 179
- Eingriffsverwaltung 485
- Einheit der Verfassung, Rechtsordnung 132, 197 f.
- Einheitliche Europäische Akte 406
- Einschätzungsprärogative 296, 492, 557
- Einschreiten, aufsichtliches, behördliches 140 ff., 186, 257, 266, 290, 296, 394, 414 f., 418 f., 421 f., 424, 429, 551
- Einspruch 398
- Einstellung 95
- Einstweilige Anordnung 428, 431, 480
- Enteignung, Enteignungsvoraussetzungen 163, 234, 266, 284
- Ermessen 77 f., 140, 259, 415, 420, 483, 547
- Ermessensgebrauch, Recht auf fehlerfreien 104, 141, 143, 145, 149, 150 f., 241, 286, 415, 421 f., 425, 428 f., 436, 455, 538
- Ermessensreduzierung auf Null 141, 144 f., 148 f., 151, 421, 424
- Ernennung 56, 58, 63, 151 f., 452, 456 f., 467, 476, 479, 480 f.
- Ersatzkassen 17, 26, 34, 133, 338, 369
- Equal-protection-Klausel 531
- Existenzminimum 290
- Externenprüfung 187
- Fachliche Leistung 150, 453 f., 547 f.
- Fachzeitschriften 17, 391 f.
- Faktische (Grund-) Rechtsbeeinträchtigung 59, 170, 213, 231, 233, 235 f., 246 f., 252, 283, 365, 407, 486 ff., 492, 525
- Faktische (Grund-) Rechtsbetroffenheit 158
- Feststellungsklage 397 ff., 476
- Feststellungsrechtsrechung des BVerfG 89, 182, 378
- Festsetzungsverjährung 375
- Feuerwehrsirenen-Fall 205
- Finalitäts-Kriterium 232 ff., 237, 265 f., 269, 282, 327, 361, 364, 373, 384, 424, 436, 456, 552

- Fiskalverwaltung, -tätigkeit, fiskalisches Handeln 53, 72, 75, 83, 150, 195, 312 ff., 318, 333, 344, 350, 408, 449, 474, 486
- Fiskusabwehransprüche, -klagen 82, 126 ff., 131, 312, 314, 316 f., 319 f., 325 f., 330, 339 ff., 344, 347, 349, 351 f., 357, 509, 535
- Flucht ins Privatrecht 348
- Flugschulen 262
- Folgenberücksichtigung 212, 224, 492
- Folgenbeseitigungsanspruch 414
- Free-speech-Klausel 530
- Freiheit des Beliebens 176, 178
- Freiheit des Warenverkehrs 341, 344 ff., 348, 462
- Freiheitsrechte 102 f., 155, 159, 161, 163, 174 f., 181, 186, 188 f., 193, 201, 215 f., 238 f., 247, 252, 258, 264, 285 ff., 336 f., 391 f., 416, 511, 513 ff., 520, 522, 524, 526, 528 ff., 532, 539, 547, 550, 563
- Freistellungen, kartellrechtliche 410, 429 f.
- Fristen 405, 413 f., 478, 562
- Fürsorge-Entscheidung 114
- Fürsorgepflicht 453
- Funktionale Tatbestandsqualifikation 224
- Funktionenverschränkung 46
- Garantenstellung, -pflicht 228, 256, 258 f., 265, 415, 420, 425, 510, 551
- Garantiefunktion des Gesetzes 203, 220, 282, 293, 355, 409, 489, 502, 524
- Gaststättenrechtliche Erlaubnis 59
- Gastwirt 81, 122, 303
- Gebot der Rücksichtnahme 111 f., 170 f., 213, 226, 260, 262, 267 f., 270
- Gefahrenverdacht 263 f.
- Gelegenheitsverkehr 124, 303, 469
- Gemeinnützigkeit 375
- Gemeinschaftsrecht, sekundäres 12, 309, 347, 409, 459, 461
- unmittlere Anwendbarkeit 343 ff., 386, 461 f., 464 ff.
- Gemeinschaftstreue 466
- Gentechnische Anlagen 288
- Gesetze, grundrechtsrelevante s. Normen Gesetzgebungsstaat 296
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 239, 252, 484
- Gesetzesvollziehungsanspruch 159, 177
- Gesetzesvorbehalt s. Vorbehalt des Gesetzes
- Gestaltungsfreiheit, -befugnis, -spielraum des Gesetzgebers 99, 114, 160 f., 165, 173, 207, 226, 255, 259, 278, 284, 291 f., 295, 297, 459, 501, 515, 519, 524, 529, 552
- der Verwaltung 532, 539, 546
- Gestaltungsentscheidung 304, 308
- Gewährleistungsbereich s. Schutzbereich
- Gewaltenteilung 192, 295, 497
- Gewerbebetrieb 186, 230, 300 f., 323, 371 f., 382, 494
- Gewerbefreiheit s. Berufsfreiheit
- Gleichbehandlungsgebot 377, 513, 519, 541, 546
- Gleichheit, faktische 533, 542
- Gleichheit des Gesetzes 518
- Gleichheit im Unrecht, keine 89, 182, 369
- Gleichheitssatz 71, 73, 75, 89, 143, 146, 149, 175, 179 f., 182, 286, 369, 377 f., 451, 453, 460, 507 ff., 511, 513 ff., 530, 532, 535 ff., 545 ff.
- Gorleben-Beschluß 255
- Grad, akademischer 14, 36
- Gravier / Stadt Lüttich 460
- Grundfreiheiten 344 ff., 350, 357, 381, 383, 386 f., 409, 459, 529, 568
- Grundrechte 115 f., 118, 126 f., 134 ff., 145, 148, 150, 155 ff., 159 ff., 164 f., 168, 170, 173 ff., 185, 205, 224, 229, 231, 239, 241, 244, 263, 278, 281, 286 f., 290, 322, 332 f., 336, 356, 358, 407, 442, 474, 484, 520, 555
- Fiskalgebung 315
- verfahrensabhängige, -betroffene, -geprägte 273 ff., 469 f., 553
- Grundrechtlich geschützte Interessen 175, 186, 200, 205, 208, 213 f., 221 f., 224, 227 f., 237, 243, 250, 257, 261, 268, 293, 299, 367, 373, 401, 416, 419, 438, 440, 478, 551, 563
- Grundrechtsähnliche Rechte 173
- Grundrechtskollisionen 191, 197, 215, 217, 248, 289 f., 497, 503
- Güterfernverkehrsgenehmigung 86 f., 92, 95, 146, 215, 424, 435, 436, 473, 478, 516
- Gummistrumpf-Entscheidung 24, 73, 149
- Handelsmonopole, staatliche 302, 341
- Handlungsformenlehre 53, 169, 230, 238, 408, 537
- Heilungsmöglichkeiten 277
- Immissionen 106, 206, 218
- In dubio pro libertate 255

- Informationstätigkeit, staatliche, behördliche, öffentliche 16 f., 36, 51 f., 55, 67 f., 85 f., 88 f., 91, 133, 360, 361 ff., 376 ff., 393, 397, 404, 496 f., 537
- Informationseingriff 367 f.
- Inländerbehandlung 345 f.
- Institutionelle und verfahrensmäßige Autonomie der Mitgliedstaaten 343
- Intensive inhaltliche Kontrolle 531
- Institutsgarantie 185
- Interesse, individuelles 163 f., 168, 190, 195 f., 198, 215 ff., 219, 225, 228, 241 f., 246, 265, 270, 280 ff., 287, 299, 417, 469, 484, 558, 565
- öffentliches 163 f., 168, 194 ff., 199, 216 f., 242 ff., 253, 278, 280 f., 286 f., 299, 305, 394, 404, 416, 428, 433, 484, 500 f.
- Interessenbetroffenheit 158
- Judicial self-restraint 440
- Jurisdiktionsstaat, verfassungsgerichtlicher 296
- Kartellbehörden 28, 137 f., 140, 357, 399, 403, 418 f., 421, 425, 503
- Kartellverwaltungsakt, kartellrechtliche Verfügungen, Erlaubnisse 51, 57, 389, 399, 403, 419, 425, 511
- Kassen- (zahn-) ärzte 6, 10 f., 55, 122 f., 145, 307
- Kausalität 230, 232 f., 248, 274, 276, 326, 329, 364, 383, 413
- Kernbereichsgarantie s. Wesensgehaltsgarantie
- Körperliche Unversehrtheit, Recht auf 156, 221, 249, 250
- Kombinationstheorie 101
- Kompetenz-Kompetenz 314
- Konkrete Normenkontrolle 295
- Konkurrentenabwehransprüche, -klage 81 ff., 121, 123, 125 f., 298 f., 302 ff., 306 f., 310 f., 510, 534, 564
- Konkurrentengleichstellungsansprüche, -klage 86 ff., 140 f., 402, 414 ff., 422 ff., 430, 503, 510, 541
- Konkurrentenklage, ausschließende 81, 94
- defensive 80 f.
- negative 80 f., 84 ff.
- offensive 80 f.
- positive 80 f., 86 f., 94
- präventive 80
- repressive 80
- Konkurrentenverdrängungsanspruch, -klage 92, 94 ff., 142 ff., 152, 431, 436, 438 ff., 443, 449, 451 ff., 456, 459 f., 467 ff., 478, 480, 503 f., 508, 515 f., 542, 547, 564
- Konkurrenzschutzklausel 129 f.
- Konkurrenznormen s. Schutznormen
- Konkurrenzverhältnis 30 ff., 65, 67, 70, 72, 74, 76 f., 81, 83, 84, 87, 94, 380, 402, 533, 539, 547
- Konkurrenzwirtschaftliche Betätigung der Verwaltung s. Wirtschaftstätigkeit
- Kraftdroschken s. Taxi
- Krankenkassen 324, 328 f., 334
- Kreditaufsicht 296
- Ladenschlußzeiten 18, 43, 138, 389, 390, 392
- Laufbahnvorschriften 150, 452
- Lawrie-Blum / Land Baden-Württemberg 467
- Leistungsprinzip 453, 455
- Leistungsrechte 102 f., 181 ff., 188, 291
- Leistungsverwaltung 313, 358, 485, 524
- Lieferaufträge 462 f.
- Linienverkehr, Linienverkehrsunternehmer 57, 82, 124, 303, 306, 310, 422, 435, 510
- Lobbyismus 190
- Lüth-Urteil 184
- Luxemburger Grundrechte 407 ff., 568
- Marktbeherrschende Stellung 445 ff., 450 f., 469, 474, 504 ff., 546
- Mißbrauch 28, 93, 140, 339 f., 342
- Marktstörung 336, 340
- Marktwirtschaft 323
- Massenverfahren 154, 556 f., 560
- Maßstabsverschärfung 337, 338, 449
- Meinung 176
- Metro / Kommission 410, 412
- Mietwagenunternehmer, -verkehr 15, 32, 39, 93, 124, 142, 308
- Militärische Verwendungsentscheidung 152
- Mißbrauch amtlicher Autorität 340
- Mitbestimmungs-Urteil 492, 531
- Mitwirkungsrechte 102
- Moers-Kapellen-Entscheidung 263
- Monopol (-gewährung) 302, 306, 318, 321, 323 f., 328, 335, 433, 445 f., 451, 496
- Mülheim-Kärlich-Beschluß 186, 188, 255
- Musterprozesse 557
- Nachbarbegriff 218 ff., 226
- Naßauskiesungs-Beschluß 91, 234

- Negativatteste 410, 430
 „Neue Formel“ 521
 Nichtigkeitsklage 405, 407, 411 f., 430
 Niederlassungsfreiheit 341, 344 ff., 348, 459, 461
 Normanwendungsschutz 203, 223, 259
 Normbestandsschutz 199
 Normen, ausgestaltende 179, 191, 193, 199, 200, 203, 219 f., 223, 284, 287, 292 f., 484, 549, 555
 – kollisionslösende 179, 191, 193, 196, 198, 200, 203, 215 f., 218, 220, 284, 287, 421, 484, 549, 555
 – schrankenziehende, grundrechtsbegrenzende 179, 189, 191, 193 f., 200, 203, 214, 223, 284, 287, 421, 484, 549, 555
 Normexterne Wirkung der Grundrechte 206, 212, 284 ff., 290 f., 304, 319, 330, 354, 356, 359, 377, 451, 475, 483, 493, 496, 525, 552, 554
 Normimmanente Direktiven, Wirkung 189, 200, 202 ff., 211 f., 214 ff., 219, 222 f., 240, 248, 252, 261, 264, 266, 268 ff., 285, 293, 299, 302, 304, 307, 319, 325, 330, 337, 354, 355 f., 358 f., 385, 388, 394, 414, 432, 435, 438, 455, 483, 489, 549 f.
 Notar, Notarbewerber 6, 8, 51, 54, 81, 121, 146, 435, 504
 Numerus-clausus 13 f., 35, 452, 460 f., 469, 504, 517, 534, 543

 OBEA / Etablissements soules & Cie 481
 Objektiver Regelungsgehalt 207 ff., 212 ff., 220 f., 225, 249, 278, 324, 373, 416, 489 ff., 549
 Öffentlichkeitsarbeit 75, 363, 389, 497
 Öffentlichkeitsbeteiligung 272 f.
 Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch 106, 205 f.
 Oligopol 306
 Omnibusverkehr 15
 Oswald Schmidt / Kommission 429

 Pascale / Kommission 483
 Parlamentsvorbehalt 492
 Personenbeförderung, Erlaubnis 92, 543
 Pflegesätze 19, 37, 55, 57, 59, 139, 389 f., 392
 Planfeststellung 243, 280
 – privatnützige 241, 261
 Plaumann / Kommission 412
 Popularklage 43, 118, 156, 158, 239, 400, 555

 Präklusion, formelle 561
 – materielle 274
 Präponderanz der Freiheit 528
 Praktische Konkordanz 197 f., 216, 248, 294, 355, 457
 Praktische Wirksamkeit 464
 Presse 21, 36, 136, 137
 Pressefreiheit 137, 381, 391 f., 538, 540
 Presseunternehmen s. Presse
 Prinzipiennormen 185
 Privatautonomie 216
 Privatschulen 18 ff., 51, 75, 139, 390
 Prognoseentscheidung 210, 212 f., 253, 259 f., 384, 488, 492 f., 495, 499
 Prognosespielraum 254, 277, 377, 440, 492, 544, 557

 Rabattkartell 28, 93, 140
 Recht, subjektives 59, 100, 104, 109, 167, 185, 301
 – subjektives öffentliches 4, 39, 60 f., 63 f., 77 f., 96, 99 ff., 112, 114 ff., 120 ff., 126 ff., 137 f., 140, 142, 150, 153, 155, 156 ff., 161 f., 164 ff., 170 ff., 174, 179, 182, 184 f., 188, 196, 200 ff., 209 f., 216 f., 219, 222, 224 ff., 229, 235 f., 238, 240 f., 244 ff., 252, 254 ff., 258 f., 261, 265 f., 268, 271 f., 274 f., 278 ff., 284 f., 287, 294, 299, 304 ff., 310, 314, 319, 339, 343, 353, 355, 358, 378, 385, 387, 400, 406 f., 414, 419, 420 f., 423, 428, 431, 437, 448, 450, 457, 458, 461, 471, 483, 489 f., 493, 496, 511, 525, 529, 549 ff., 561 f.
 Rechtlich geschütztes Interesse 101, 103 f., 139, 174, 222, 407
 Rechtsangleichung 346
 Rechtsanwalt 81, 121, 187, 303
 Rechtsanwendungsgleichheit 524, 533, 539, 544, 547
 Rechtsbehelfsbelehrung 562
 Rechtsberatung 54, 121, 303
 Rechtsbeschwerde 138
 Rechtsetzungsgleichheit 519
 Rechtsfortbildung, richterliche 267
 Rechtsmacht 104 ff., 109, 113, 164 f., 174
 Rechtspflege, Funktionsfähigkeit 294
 Rechtsreflex, Reflexrecht, Reflexwirkungen 101, 125 f., 301
 Rechtsschutz, individueller 162, 280, 555 f., 558
 Rechtsschutzbedürfnis 311, 388, 399, 479

- Rechtsschutzgarantie 99, 157, 163, 164, 294, 394
- Rechtsschutzversicherung 81
- Rechtsstaatsgebot, -prinzip 160 f., 193, 393, 395, 497
- Rechtsstellungsgarantie 185, 223, 251, 320, 322 ff., 328 f., 340, 362 f., 367, 371
- Rechtsverhältnistheorie, -lehre 166 ff., 259, 514, 548
- Rechtsweg, ordentlicher 350, 352, 474 f., 481
- Rechtsweggarantie s. Rechtsschutzgarantie
- Recours pour excès de pouvoir 558
- Referenzmengenzuteilung 409, 413
- Repräsentationsgedanke 157, 161 f., 305, 549, 558
- Restrisiko 250
- Rezeptammelstellen 11, 55, 147, 436, 472, 516, 543
- Rundfunkurteile 184
- Sachverständige 15 f., 51, 55, 125 f., 142, 303, 423 f.
- Schlicht-hoheitliches Handeln 66 ff., 213, 360, 393, 480, 486
- Schornsteinfegerrealrechte 545
- Schrankentrias 177
- Schulaufsicht 139
- Schutzbereich, effektiver 179 f., 188, 193 f., 201, 205, 216 ff., 222 f., 249, 256, 269, 282, 292, 296, 336, 371, 421, 438, 440, 489, 491, 504, 532, 542 f., 550
- funktioneller, funktionaler 227, 264, 368, 424
- Schutznorm 108 ff., 116 f., 134, 141, 145, 149 f., 172, 211 f., 215, 222 f., 225, 241, 263, 266, 273 f., 276, 278, 281, 336, 338 ff., 344, 373, 388, 406, 451, 455 f., 466, 555
- konkrete 221, 224, 240, 274 f., 282, 325, 329 f., 363, 379, 390, 392, 396, 419, 423, 434, 436 ff., 450, 552
- potentielle 214, 221, 224, 240, 250, 254, 259, 261, 272, 281, 311, 316, 324 f., 362 f., 370, 372 f., 379, 389 f., 400 f., 416, 418, 422 f., 432 ff., 447 f., 455, 478, 551 f.
- Schutznormtheorie, -lehre 4, 100, 107 ff., 118 ff., 126, 128, 132, 135, 148, 150, 153 ff., 157, 161 f., 164 f., 170 ff., 206 f., 210, 222, 226, 252, 261, 267, 278, 292, 549, 554, 556, 560
- Schutzpflichten, grundrechtliche 128, 159, 183 ff., 188, 192, 200, 227, 237, 246 f., 252, 255, 257 f., 265, 269, 281, 288, 289 ff., 322, 414, 416, 420, 503, 510, 542, 550 f., 555
- Schutzpflichtkonkretisierung, -realisierung 243 f., 246, 248, 253 ff., 258 f., 264, 551
- Schutzprinzip 249 f.
- Schweinemästerefälle 111
- Schwere-Kriterium 232, 234 ff., 266, 268 f., 282 f., 327, 336, 364, 366, 374, 384, 415, 420, 487, 552, 554
- Schweretheorie 116, 201, 237, 270, 283, 284
- Selbstabgabestellen 25, 34, 83, 329 ff., 340
- Selbstbindung der Verwaltung 88, 286, 377 f., 431, 452, 466, 522 f.
- Situationsgebundenheit 212 f., 304
- Sonderrechtstheorie 332, 350, 427
- Sozialleistungen 22
- Sozialrechtsweg 350
- Sozialstaatsprinzip 160 f., 189, 245, 292, 393, 510, 541 f., 560, 565
- Spezifisches Verfassungsrecht 353 ff.
- „Standing“ 559 f.
- Statuslehre 102, 166, 171
- Steinike & Weinling / Bundesrepublik Deutschland 386
- Stellenausschreibung 40
- Steuerbescheid 57, 135, 373, 375, 397 f.
- Steuerfestsetzung 134, 375, 398
- Steuergerechtigkeit 566 f.
- Steuergeheimnis 29, 393 f., 401
- Steuervergünstigungen 29, 38, 51, 370 ff., 393 f., 397 f., 502, 540 f.
- Straßenanlieger 221
- Streitgegenstand 79, 353, 473
- Strict-scrutiny-Test 531
- Studienplatz 13 f., 62, 96, 144, 433 ff., 439, 441, 461, 469, 472, 543
- Stufentheorie 163
- Subsidiaritätsklausel 129 f.
- Subtraktionsdefinition 45
- Subventionen 6, 19 ff., 29, 37 f., 48, 51 f., 55, 57 ff., 61, 65, 69 f., 84 ff., 91, 135 f., 230, 312, 360, 370, 375 ff., 381 ff., 391, 395 f., 398, 401 f., 405 f., 408 ff., 442, 475, 497 ff., 508, 510, 513 f., 523, 539 f., 566
- Subventionierung, Subventionsvergabe s. Subventionen
- Subventions-Betreuer-Entscheidung 2, 23, 48, 73, 148, 443, 476
- Subventionsentscheidung 135, 512
- Subventionsvertrag 136, 499
- Suspensiveffekt 311, 477, 480

- Tatbestand der Grundrechte 176, 185
 Tatsachenbehauptung 362, 368
 Taxiunternehmer, -konzessionen 15, 32,
 39, 93, 124, 142, 424, 436, 439 f., 446 f.,
 504
 Taxengewerbe 125, 302, 305, 308, 437,
 440
 Teilhaberechte, -ansprüche s. Leistungs-
 rechte
 Transparenzlisten-Entscheidung 16 f., 85,
 133, 321, 365, 488, 497
 Transparenzrichtlinie 348

 Übermaßverbot s. Verhältnismäßigkeits-
 grundsatz
 Umsatzrückgang 367, 374, 402
 Umsetzung 95
 Unlautere Verquickung 340
 Unmittelbarer Rückgriff 160 f., 191 ff.,
 201, 206, 234, 237, 456, 549
 Unmittelbarkeits-Kriterium 232 f., 237,
 265 f., 282, 320, 326, 365, 373, 383, 424,
 436, 552
 Untätigkeitsklage 405, 407, 411, 430
 Unterlassungsklage 311, 352, 397, 399,
 476 f.
 Unternehmen, öffentliches 75, 127, 342 f.,
 347, 494, 535
 Unternehmensbegriff 331, 339, 349
 Unternehmensfreiheit 319
 Ursprungslandprinzip 345

 Verbandsklage 280
 Verbescheidungsklage s. Verpflichtungsklage
 Verdrängungswettbewerb 127, 321
 Verfahrensbetroffenheit 188
 Verfahrensfehler 274, 278
 Verfahrensrecht, grundrechtsrelevantes 186,
 270, 272 f., 434
 Verfassungsbeschwerde 134 f., 352 ff., 356
 Verhältnismäßigkeitsprinzip 191, 197 f., 210,
 243, 260, 272, 282, 292, 318, 330, 367,
 371, 378, 379, 389, 434, 438, 468, 490,
 504, 525, 527 ff., 532, 534, 539, 544
 Verkehrspolitik 309, 459, 461
 Verpflichtungsbeschwerde, kartellverwal-
 tungsrechtliche 118, 426
 Verpflichtungsklage 398, 400, 404, 427, 430,
 472 f., 476 f., 480
 Versagungsgegenklage s. Verpflichtungs-
 klage
 Versicherungsgeschäfte, -tätigkeit 25, 35, 54
 Versicherungsunternehmen 35 f., 121, 130,
 312
 Versicherungsaufsicht 121
 Vertrag, öffentlich-rechtlicher 53, 58, 65,
 396, 399, 405, 486
 – Nichtigkeit 344
 – zu Lasten Dritter 65
 Vertragsfreiheit 319
 Vertragsvorbehalt 409
 Vertrauensschutzgrundsatz 160, 375, 441,
 456 ff., 472
 Verwaltung, öffentliche 44 ff., 48, 50 ff.,
 65 f., 68, 76 f., 81 ff., 87, 126, 162, 168,
 253, 256, 287, 549, 551
 – gesetzesfreie 286, 377, 388, 485
 Verwaltungsakt 53 f., 56 f., 70, 373, 384,
 400, 405, 426
 – mit Doppelwirkung, Drittwirkung 57 ff.,
 120, 298 f., 311, 380, 396, 404 f., 456, 476,
 477
 – Nichtigkeit 398
 Verwaltungshandeln, informelles 1, 53, 67,
 169 f., 234, 360, 393
 Verwaltungsmonopol s. Monopol
 Verwaltungsprivatrecht 53, 68, 71
 Verwaltungsrecht als konkretisiertes Verfas-
 sungsrecht 554
 Verwaltungsrechtsweg 350, 352, 427,
 474 ff.
 Verwaltungsvorschrift 149
 Verwirkung 478
 Volksfest 7, 10, 62, 96 f., 143 f., 433
 Vorabentscheidung 357, 405, 481
 Vorbehalt des Gesetzes 22, 136, 191, 279,
 287 f., 333, 388, 439, 483 ff., 493 ff.,
 500 ff., 505 f., 515, 524, 542, 566
 Vormerkliste 41
 Vorrang des Gesetzes 279, 546
 Vorsorgegrundsatz 219, 249 ff., 497
 Vorsprung durch Rechtsbruch 336, 340
 Vorverlagerung des Grundrechtsschutzes
 196, 272 ff., 393, 424, 437, 543

 Waldschäden 251
 Wertentscheidungen, objektive 159, 161 f.,
 174, 189 f., 192, 200, 215 f., 245 ff., 292,
 315, 510, 551, 555, 560
 Wesensgehaltsgarantie 180 f., 198, 217, 292,
 321, 422
 Wesentlichkeitslehre, -theorie 114, 325, 484,
 492, 495, 499

- Wettbewerb 30 ff., 34, 38 f., 44, 50 f., 83, 137 f., 142, 211, 230, 252, 300, 303, 318, 320, 322 f., 342, 359, 365, 371 ff., 376, 381, 386, 390, 413, 416, 420, 422 ff., 428 f., 500, 503, 506 ff., 511, 534, 536, 542, 566
 – publizistischer 36, 136, 377, 381 f., 391, 538, 540
 – ruinöser s. Verdrängungswettbewerb
 – unlauterer 334, 339
 Wettbewerbsfreiheit 66, 117, 124, 135 f., 138 f., 142, 148, 230, 234, 251, 300, 303, 311, 313, 316, 319 ff., 324, 326, 329, 331, 335, 340, 359, 362 f., 367, 371, 374, 376 f., 381, 385, 422, 444, 447, 496, 506, 510, 512 ff., 517, 533, 541
 Wettbewerbsregeln 28, 84, 137, 389
 Wettbewerbsteilnahme, öffentliche s. Wirtschaftstätigkeit
 Wettbewerbsverhältnis s. Konkurrenzverhältnis
 Widerspruchsverfahren 396, 480
 Willkür 176, 178, 190, 194, 217, 353, 512
 Willkürverbot 66, 146, 150, 292, 436, 446, 448 f., 467, 490, 509, 514, 516, 519, 530, 532, 545 f.
 Wirtschaftlichkeitsprinzip 451, 505, 546
 Wirtschaftsfreiheit 514
 Wirtschaftssubventionen s. Subventionen
 Wirtschaftstätigkeit, öffentliche 25, 37, 72, 74 ff., 83, 128, 131 f., 312 f., 315 ff., 321 f., 324, 326 f., 330, 335 ff., 342, 348, 350, 494 f., 509, 535 f.
 – kommunale 25, 128 f., 329 f., 334
 – staatliche 25, 37, 127, 314
 Wohnraumvermittlung, kommunale 128, 130, 324, 329
 Zielgerichtetheit s. Finalität
 Zulassung, Zulassungswesen, berufliches 6, 8 ff., 35, 81, 97, 142 f., 299, 301, 303, 432, 468, 472, 503, 516, 523, 542 f.
 – Anstalten 6 f., 51, 54, 61, 68 f., 86, 92, 96 f., 143 ff., 543
 – Hochschulen 62 f., 86, 92, 97, 144, 147, 433, 435 f., 439 f., 472, 479, 504, 516, 533, 543
 Zulassungsanspruch 143 f., 147
 Zwei-Stufen-Theorie 54, 56, 69, 398, 411, 475
 Zwangsversicherung 128
 Zweigleisigkeit, relative 333